

Originaltext

Übereinkommen über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel, von internationaler Bedeutung

Abgeschlossen in Ramsar am 2. Februar 1971

Von der Bundesversammlung genehmigt am 19. Juni 1975¹

Schweizerische Ratifikationsurkunde hinterlegt am 16. Januar 1976

In Kraft getreten für die Schweiz am 16. Mai 1976

(Stand am 11. August 2010)

Die Vertragsparteien,

in der Erkenntnis der wechselseitigen Abhängigkeit des Menschen und seiner Umwelt;

in Anbetracht der grundlegenden ökologischen Bedeutung von Feuchtgebieten als Regulatoren für den Wasserhaushalt und als Lebensraum für eine besondere Pflanzen- und Tierwelt, vor allem für Wat- und Wasservögel;

in der Überzeugung, dass Feuchtgebiete ein Bestandteil des Naturhaushalts von grossem Wert für Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Erholung sind und ihr Verlust unwiederbringlich wäre;

von dem Wunsch geleitet, der fortschreitenden Schmälerung und dem Verlust von Feuchtgebieten jetzt und in Zukunft Einhalt zu gebieten;

in der Erkenntnis, dass Wat- und Wasservögel auf ihrem Zug Ländergrenzen überfliegen und daher als internationale Bestandteile des Naturhaushalts betrachtet werden sollten;

im Vertrauen darauf, dass die Erhaltung der Feuchtgebiete mit ihrer Pflanzen- und Tierwelt durch die Verbindung zukunftsweisender einzelstaatlicher Massnahmen mit aufeinander abgestimmten internationalen Bemühungen gewährleistet werden kann,

sind wie folgt übereingekommen:

Art. 1

1. Feuchtgebiete im Sinne dieses Übereinkommens sind Feuchtwiesen, Moor- und Sumpfgebiete oder Gewässer, die natürlich oder künstlich, dauernd oder zeitweilig, stehend oder fliessend, Süss-, Brack- oder Salzwasser sind, einschliesslich solcher Meeresgebiete, die eine Tiefe von sechs Metern bei Niedrigwasser nicht übersteigen.

2. Die Wat- und Wasservögel im Sinne dieses Übereinkommens sind Vögel, die von Feuchtgebieten ökologisch abhängig sind.

AS 1976 1139; BBl 1974 II 549

¹ Art. 1 Abs. 1 des BB vom 19. Juni 1975 (AS 1975 2221).

Art. 2

1. Jede Vertragspartei bezeichnet geeignete Feuchtgebiete in ihrem Hoheitsgebiet zur Aufnahme in eine «Liste international bedeutender Feuchtgebiete», die im folgenden als «Liste» bezeichnet und von dem nach Artikel 8 errichteten Sekretariat geführt wird. Die Grenzen des Feuchtgebiets werden genau beschrieben und auf einer Karte eingezeichnet; sie können auch an die Feuchtgebiete anschliessende Ufer- und Küstenbereiche, Inseln oder innerhalb der Feuchtgebiete liegende Meeresgewässer mit einer grösseren Tiefe als sechs Meter bei Niedrigwasser einschliessen, vor allem wenn sie als Lebensraum für Wat- und Wasservogel von Bedeutung sind.
2. Die Feuchtgebiete sollen für die Liste nach ihrer internationalen ökologischen, botanischen, zoologischen, limnologischen und hydrologischen Bedeutung ausgewählt werden. In erster Linie sollen Feuchtgebiete, die während aller Jahreszeiten im Hinblick auf Wat- und Wasservogel von internationaler Bedeutung sind, in die Liste aufgenommen werden.
3. Die Aufnahme eines Feuchtgebiets in die Liste beeinträchtigt nicht die ausschliesslichen Hoheitsrechte der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet das Feuchtgebiet liegt.
4. Jede Vertragspartei benennt bei Unterzeichnung dieses Übereinkommens oder bei Hinterlegung ihrer Ratifikations- oder Beitrittsurkunde nach Artikel 9 wenigstens ein Feuchtgebiet zur Aufnahme in die Liste.
5. Jede Vertragspartei hat das Recht, weitere Feuchtgebiete innerhalb ihres Hoheitsgebiets der Liste hinzuzufügen, die Grenzen der bereits darin eingetragenen Feuchtgebiete auszudehnen oder sie wegen dringender nationaler Interessen aufzuheben oder enger zu ziehen; die betreffende Vertragspartei unterrichtet so schnell wie möglich die für die laufenden Sekretariatsgeschäfte nach Artikel 8 verantwortliche Organisation oder Regierung über alle derartigen Änderungen.
6. Jede Vertragspartei ist sich sowohl bei der Bezeichnung von Gebieten für die Liste als auch bei Ausübung ihres Rechts, Eintragungen über Feuchtgebiete innerhalb ihres Hoheitsgebiets zu ändern, ihrer internationalen Verantwortung für Erhaltung, Hege und wohlausgewogene Nutzung der Bestände ziehender Wat und Wasservogel bewusst.

Art. 3

1. Die Vertragsparteien planen und verwirklichen ihre Vorhaben in der Weise, dass die Erhaltung der in der Liste geführten Feuchtgebiete und, soweit wie möglich, eine wohlausgewogene Nutzung der übrigen Feuchtgebiete innerhalb ihres Hoheitsgebietes gefördert werden.
2. Jede Vertragspartei trägt dafür Sorge, dass sie so schnell wie möglich unterrichtet wird, wenn die ökologischen Verhältnisse eines in die Liste aufgenommenen Feuchtgebiets innerhalb ihres Hoheitsgebiets sich infolge technologischer Entwicklungen, Umweltverschmutzung oder anderer menschlicher Eingriffe geändert haben, ändern oder wahrscheinlich ändern werden. Die Informationen über solche Ver-

änderungen werden an die nach Artikel 8 für die laufenden Sekretariatsgeschäfte zuständige Organisation oder Regierung unverzüglich weitergeleitet.

Art. 4

1. Jede Vertragspartei fördert die Erhaltung von Feuchtgebieten sowie von Wat- und Wasservögeln dadurch, dass Feuchtgebiete – gleichviel ob sie in der Liste geführt werden oder nicht – zu Schutzgebieten erklärt werden und in angemessenem Umfang für ihre Aufsicht gesorgt wird.
2. Hebt eine Vertragspartei im dringenden nationalen Interesse die Grenzen eines in der Liste geführten Feuchtgebiets auf oder zieht sie dessen Grenzen enger, so soll sie, soweit wie möglich, jeden Verlust von Feuchtgebieten ausgleichen, insbesondere für Wat- und Wasservögel sowie - in demselben oder in einem anderen Gebiet - zum Schutz eines angemessenen Teils des natürlichen Lebensraumes zusätzliche Schutzgebiete schaffen.
3. Die Vertragsparteien fördern die Forschung sowie den Austausch von Daten und Publikationen über Feuchtgebiete einschliesslich ihrer Pflanzen- und Tierwelt.
4. Die Vertragsparteien bemühen sich, durch Hege die Bestände von Wat- und Wasservögeln in geeigneten Feuchtgebieten zu vergrössern.
5. Die Vertragsparteien fördern die Ausbildung von Personal, das zur Forschung, Hege und Aufsicht in Feuchtgebieten befähigt ist.

Art. 5

Die Vertragsparteien konsultieren einander hinsichtlich der Erfüllung der sich aus diesem Übereinkommen ergebenden Verpflichtungen, insbesondere in solchen Fällen, in denen sich ein Feuchtgebiet über das Hoheitsgebiet mehr als einer Vertragspartei erstreckt oder mehrere Vertragsparteien an einem Gewässersystem gemeinsamen Anteil haben. Ferner bemühen sie sich darum, gegenwärtige und künftige Massnahmen und Regelungen zur Erhaltung von Feuchtgebieten mit ihrer Pflanzen- und Tierwelt aufeinander abzustimmen und zu fördern.

Art. 6

1. Es wird eine Konferenz der Vertragsparteien gebildet, welche die Einhaltung des vorliegenden Übereinkommens überwachen und unterstützen soll. Das in Artikel 8 Absatz 1 erwähnte Sekretariat beruft ordentliche Sitzungen der Konferenz in Abständen von höchstens drei Jahren ein, es sei denn, die Konferenz bestimme anders darüber; ausserordentliche Sitzungen beruft das Sekretariat ein, wenn mindestens ein Drittel der Vertragsparteien schriftlich darum ersucht. Die Konferenz der Vertragsparteien bestimmt in jeder ihrer ordentlichen Sitzungen Zeitpunkt und Ort ihrer nächsten ordentlichen Sitzung.²

² Fassung gemäss Änd. vom 28. Mai 1987, von der BVers genehmigt am 16. Dez. 1988 und in Kraft getreten für die Schweiz am 1. Mai 1994 (AS 1995 65; BBl 1988 II 1).

2. Die Konferenz der Vertragsparteien hat die Aufgabe:³
 - a) die Erfüllung dieses Übereinkommens zu erörtern;
 - b) Neueintragungen und Änderungen in der Liste zu erörtern;
 - c) Informationen nach Artikel 3 Absatz 2 über Veränderungen der ökologischen Verhältnisse der in der Liste geführten Feuchtgebiete zu prüfen;
 - d) den Vertragsparteien allgemeine oder besondere Empfehlungen hinsichtlich der Erhaltung, Hege und wohlausgewogenen Nutzung von Feuchtgebieten einschliesslich ihrer Pflanzen- und Tierwelt zu geben;
 - e) zuständige internationale Gremien um die Erstellung von Berichten und Statistiken über Fragen zu ersuchen, die ihrem Wesen nach international sind und Feuchtgebiete betreffen;
 - f)⁴ weitere Empfehlungen oder Beschlüsse anzunehmen, die der Funktionsfähigkeit des bestehenden Übereinkommens förderlich sind.
3. Die Vertragsparteien stellen sicher, dass auf allen Ebenen die für die Verwaltung von Feuchtgebieten Verantwortlichen über die Empfehlungen dieser Konferenzen zur Erhaltung, Hege und wohlausgewogenen Nutzung von Feuchtgebieten mit ihrer Pflanzen- und Tierwelt unterrichtet werden und diesen Empfehlungen Rechnung tragen.
4. Die Konferenz der Vertragsparteien verabschiedet in jeder ihrer Sitzungen eine Geschäftsordnung.⁵
5. Die Konferenz der Vertragsparteien erstellt und überprüft regelmässig die Finanzordnung des bestehenden Übereinkommens. Anlässlich jeder ordentlichen Sitzung verabschiedet sie das Budget für die Erfüllung ihrer Aufgaben mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und stimmberechtigten Parteien.⁶
6. Jede Vertragspartei trägt zu diesem Budget nach Massgabe eines Verteilungsschlüssels bei, der von den anwesenden und stimmberechtigten Vertragsparteien anlässlich einer ordentlichen Konferenz der Vertragsparteien einstimmig angenommen wurde.⁷

Art. 7

1. Zu den Vertretern der Vertragsparteien auf solchen Konferenzen sollen Personen gehören, die aufgrund ihrer Kenntnisse und Erfahrungen, die sie auf Wissenschafts-

³ Fassung gemäss Änd. vom 28. Mai 1987, von der BVers genehmigt am 16. Dez. 1988 und in Kraft getreten für die Schweiz am 1. Mai 1994 (AS 1995 65 64; BBl 1988 II 1).

⁴ Eingefügt durch Änd. vom 28. Mai 1987, von der BVers genehmigt am 16. Dez. 1988 und in Kraft getreten für die Schweiz am 1. Mai 1994 (AS 1995 65 64; BBl 1988 II 1).

⁵ Eingefügt durch Änd. vom 28. Mai 1987, von der BVers genehmigt am 16. Dez. 1988 und in Kraft getreten für die Schweiz am 1. Mai 1994 (AS 1995 65 64; BBl 1988 II 1).

⁶ Eingefügt durch Änd. vom 28. Mai 1987, von der BVers genehmigt am 16. Dez. 1988 und in Kraft getreten für die Schweiz am 1. Mai 1994 (AS 1995 65 64; BBl 1988 II 1).

⁷ Eingefügt durch Änd. vom 28. Mai 1987, von der BVers genehmigt am 16. Dez. 1988 und in Kraft getreten für die Schweiz am 1. Mai 1994 (AS 1995 65 64; BBl 1988 II 1).

Verwaltungs- oder anderen einschlägigen Gebieten gewonnen haben, Experten für Feuchtgebiete oder Wat- und Wasservögel sind.

2. Jede an einer Konferenz vertretene Vertragspartei verfügt über eine Stimme. Die Empfehlungen, Beschlüsse und Entscheide werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden und stimmberechtigten Vertragsparteien angenommen, es sei denn, das Übereinkommen verfüge anders darüber.⁸

Art. 8

1. Die Internationale Union für die Erhaltung der Natur und der natürlichen Reichtümer (International Union für Conservation of Nature and Natural Resources) nimmt die laufenden Sekretariatsgeschäfte im Rahmen dieses Übereinkommens solange wahr, bis eine Organisation oder Regierung mit Zweidrittelmehrheit aller Vertragsparteien damit beauftragt wird.

2. Die laufenden Sekretariatsgeschäfte umfassen unter anderem:

- a) Mitwirkung bei der Einberufung und Durchführung von Konferenzen nach Artikel 6;
- b) Führung der Liste «international bedeutender Feuchtgebiete» und Entgegennahme der nach Artikel 2 Absatz 5 von den Vertragsparteien erteilten Informationen über Neueintragungen sowie Ausdehnungen, Aufhebungen oder Einschränkungen der in der Liste geführten Feuchtgebiete;
- c) Entgegennahme der nach Artikel 3 Absatz 2 von den Vertragsparteien erteilten Informationen über alle Veränderungen der ökologischen Verhältnisse der in der Liste geführten Feuchtgebiete;
- d) Notifizierung aller Vertragsparteien von jeder Änderung der Liste sowie von Veränderungen der ökologischen Verhältnisse der in der Liste geführten Feuchtgebiete sowie Vormerkung dieser Angelegenheiten zur Erörterung auf der nächsten Konferenz;
- e) Mitteilung der Empfehlungen der Konferenz zu den oben genannten Änderungen der Liste oder Veränderungen der Verhältnisse der in der Liste geführten Feuchtgebiete an die betroffene Vertragspartei.

Art. 9

1. Dieses Übereinkommen steht auf unbegrenzte Zeit zur Unterzeichnung offen.

2. Jedes Mitglied der Vereinten Nationen, einer ihrer Sonderorganisationen, der Internationalen Atomenergie-Organisation sowie jede Partei der Satzung des Internationalen Gerichtshofs⁹ kann Partei dieses Übereinkommens werden durch

- a) Unterzeichnung ohne Vorbehalt der Ratifikation;

⁸ Fassung gemäss Änd. vom 28. Mai 1987, von der BVerS genehmigt am 16. Dez. 1988 und in Kraft getreten für die Schweiz am 1. Mai 1994 (AS 1995 65 64; BBl 1988 II 1).

⁹ SR 0.193.501

- b) Unterzeichnung vorbehaltlich der Ratifikation und nachfolgende Ratifikation;
- c) Beitritt.

3. Ratifikation oder Beitritt werden durch die Hinterlegung einer Ratifikations- oder Beitrittsurkunde beim Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (im folgenden als «Verwahrer» bezeichnet) wirksam.

Art. 10

1. Dieses Übereinkommen tritt vier Monate, nachdem sieben Staaten nach Artikel 9 Absatz 2 Parteien dieses Übereinkommens geworden sind, in Kraft.
2. Danach tritt dieses Übereinkommen für jede Vertragspartei vier Monate nach dem Tag der Unterzeichnung ohne Vorbehalt der Ratifikation oder der Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

Art. 10^{bis}10

1. Dieses Übereinkommen kann auf einer zu diesem Zweck gemäss diesem Artikel anberaumten Sitzung der Vertragsparteien geändert werden.
2. Jede Vertragspartei kann Änderungen vorschlagen.
3. Der Wortlaut eines Änderungsvorschlags und dessen Begründung werden der Organisation oder Regierung übermittelt, welche die laufenden Sekretariatsgeschäfte im Rahmen des Übereinkommens wahrnimmt (im folgenden als «Sekretariat» bezeichnet), und vom Sekretariat umgehend an alle Vertragsparteien weitergeleitet. Stellungnahmen der Vertragsparteien zum Wortlaut werden dem Sekretariat innerhalb von drei Monaten nach dem Zeitpunkt übermittelt, zu dem das Sekretariat den Vertragsparteien die Änderungen mitgeteilt hat. Unmittelbar nach dem Stichtag für die Einreichung der Stellungnahmen übermittelt das Sekretariat den Vertragsparteien alle bis zu diesem Tag eingegangenen Stellungnahmen.
4. Zur Prüfung einer nach Absatz 3 mitgeteilten Änderung beraumt das Sekretariat auf schriftlichen Antrag eines Drittels der Vertragsparteien eine Sitzung der Vertragsparteien an. Das Sekretariat stimmt Zeit und Ort der Sitzung mit den Vertragsparteien ab.
5. Änderungen werden mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien beschlossen.
6. Eine beschlossene Änderung tritt für die Vertragsparteien, die sie angenommen haben, am ersten Tag des vierten Monats nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem zwei Drittel der Vertragsparteien eine Annahmeerkunde beim Verwahrer hinterlegt haben. Für jede Vertragspartei, die eine Annahmeerkunde nach dem Zeitpunkt hinterlegt, zu dem zwei Drittel der Vertragsparteien Annahmeerkunden hinterlegt

¹⁰ Eingefügt durch Art. 1 des Prot. vom 3. Dez. 1982, in Kraft für die Schweiz seit 1. Okt. 1986 (AS 1987 380).

haben, tritt die Änderung am ersten Tag des vierten Monats nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung ihrer Annahmearkunde in Kraft.

Art. 11

1. Dieses Übereinkommen bleibt auf unbegrenzte Zeit in Kraft.
2. Jede Vertragspartei kann dieses Übereinkommen nach einem Zeitraum von fünf Jahren, nachdem es für sie in Kraft getreten ist, gegenüber dem Verwahrer schriftlich kündigen. Die Kündigung wird vier Monate nach ihrem Eingang beim Verwahrer wirksam.

Art. 12

1. Der Verwahrer unterrichtet so bald wie möglich alle Staaten, die dieses Übereinkommen unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind, von
 - a) Unterzeichnungen dieses Übereinkommens;
 - b) Hinterlegungen von Ratifikationsurkunden zu diesem Übereinkommen;
 - c) Hinterlegungen von Beitrittsurkunden zu diesem Übereinkommen;
 - d) dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens;
 - e) Notifikationen von Kündigungen dieses Übereinkommens.
2. Sobald dieses Übereinkommen in Kraft getreten ist, lässt der Verwahrer es beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 ihrer Charta¹¹ eintragen.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Geschehen zu Ramsar am 2. Februar 1971 in einer einzigen Urschrift in deutscher, englischer, französischer und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist¹²; die Urschrift wird beim Verwahrer hinterlegt, der allen Vertragsparteien gleichlautende Abschriften übermittelt.

(Es folgen die Unterschriften)

¹¹ SR 0.120

¹² Fassung dieses Satzteiles gemäss Art. 2 des Prot. vom 3. Dez. 1982, in Kraft für die Schweiz seit 1. Okt. 1986 (AS 1987 380).

Geltungsbereich am 11. August 2010¹³

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolgeerklärung (N) Unterzeichnet ohne Ratifikationsvorbehalt (U)		Inkrafttreten	
Ägypten	9. September	1988	9. Januar	1989
Albanien	31. Oktober	1995 B	29. Februar	1996
Algerien	4. November	1983 B	4. März	1984
Antigua und Barbuda	2. Juni	2005 B	2. Oktober	2005
Äquatorialguinea	2. Juni	2003 B	2. Oktober	2003
Argentinien	4. Mai	1992	4. September	1992
Armenien	6. Juli	1993 B	6. November	1993
Aserbaidzhan	21. Mai	2001 B	21. September	2001
Australien	8. Mai	1974 U	21. Dezember	1975
Bahrain	27. Oktober	1997 B	27. Februar	1998
Bangladesch	21. Mai	1992 B	21. September	1992
Barbados	12. Dezember	2005 B	12. April	2006
Belarus	10. September	1999 N	21. Dezember	1991
Belgien*	4. März	1986	4. Juli	1986
Belize	22. April	1998 B	22. August	1998
Benin	24. Januar	2000 B	24. Mai	2000
Bolivien	27. Juni	1990 B	27. Oktober	1990
Bosnien und Herzegowina	24. September	2001 N	1. März	1992
Brasilien	24. Mai	1993 B	24. September	1993
Bulgarien*	24. September	1975 U	24. Januar	1976
Burkina Faso	27. Juni	1990 B	27. Oktober	1990
Burundi	5. Juni	2002 B	5. Oktober	2002
Chile	27. Juli	1981 B	27. November	1981
China	31. März	1992 B	31. Juli	1992
Hongkong ^a	9. Juni	1997	1. Juli	1997
Costa Rica	27. Dezember	1991	27. April	1992
Côte d'Ivoire	27. Februar	1996 B	27. Juni	1996
Dänemark*	2. September	1977 B	2. Januar	1978
Deutschland*	25. Februar	1976	25. Juni	1976
Dominikanische Republik	15. Mai	2002 B	15. September	2002
Dschibuti	22. November	2002 B	22. März	2003
Ecuador	7. September	1990 B	7. Januar	1991
El Salvador	22. Januar	1999	22. Mai	1999
Estland	29. März	1994	29. Juli	1994
Fidschi	11. April	2006 B	11. August	2006

¹³ AS 1976 1145, 1978 306, 1981 460, 1983 142, 1984 1064, 1985 1602, 1987 1007, 1989 184, 1990 1192, 1991 968, 2004 3243, 2005 1521, 2006 4251, 2008 2173 und 2010 3635. Eine aktualisierte Fassung des Geltungsbereichs findet sich auf der Internetseite des EDA (<http://www.eda.admin.ch/vertraege>).

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolgeerklärung (N) Unterzeichnet ohne Ratifikationsvorbehalt (U)		Inkrafttreten	
Finnland	28. Mai	1974	21. Dezember	1975
Frankreich	1. Dezember	1986	9. Januar	1989
Gabun	30. Dezember	1986 U	30. April	1987
Gambia	16. September	1996	16. Januar	1997
Georgien	7. Februar	1997 B	7. Juni	1997
Ghana	22. Februar	1988 B	22. Juni	1988
Griechenland	21. August	1975 B	21. Dezember	1975
Guatemala	26. Juni	1990 B	26. Oktober	1990
Guinea	18. November	1992 B	18. März	1993
Guinea-Bissau	14. Mai	1990 B	14. September	1990
Honduras	23. Juni	1993 B	23. Oktober	1993
Indien	1. Oktober	1981 B	1. Februar	1982
Indonesien	8. April	1992 B	8. August	1992
Irak	17. Oktober	2007 B	17. Februar	2008
Iran	23. Juni	1975	21. Dezember	1975
Irland	15. November	1984	15. März	1985
Island	2. Dezember	1977 B	2. April	1978
Israel	12. November	1996	12. März	1997
Italien	14. Dezember	1976	14. April	1977
Jamaika	7. Oktober	1997 B	7. Februar	1998
Japan	17. Juni	1980 B	17. Oktober	1980
Jemen	8. Oktober	1007 B	8. Februar	2008
Jordanien	10. Januar	1977 B	10. Mai	1977
Kambodscha	23. Juni	1999 B	23. Oktober	1999
Kamerun	20. März	2006 B	20. Juli	2006
Kanada	15. Januar	1981 B	15. Mai	1981
Kap Verde	18. Juli	2005 B	18. November	2005
Kasachstan	2. Januar	2007 B	2. Mai	2007
Kenia	5. Juni	1990 B	5. Oktober	1990
Kirgisistan	12. November	2002 B	12. März	2003
Kolumbien	18. Juni	1998 B	18. Oktober	1998
Komoren	9. Februar	1995 B	9. Juni	1995
Kongo (Brazzaville)	18. Juni	1998 B	18. Oktober	1998
Kongo (Kinshasa)	18. Januar	1996 B	18. Mai	1996
Korea (Süd-)	28. März	1997 B	28. Juli	1997
Kroatien	19. November	1992 N	8. Oktober	1991
Kuba	12. April§	2001	12. August	2001
Lesotho	1. Juli	2004 B	1. November	2004
Lettland	25. Juli	1995 B	25. November	1995
Libanon	16. April	1999 B	16. August	1999
Liberia	2. Juli	2003 B	2. November	2003
Libyen	5. April	2000 B	5. August	2000

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolgeerklärung (N) Unterzeichnet ohne Ratifikationsvorbehalt (U)		Inkrafttreten	
Liechtenstein	6. August	1991 B	6. Dezember	1991
Litauen	20. August	1993 B	20. Dezember	1993
Luxemburg	15. April	1998	15. August	1998
Madagaskar	25. September	1998 B	25. Januar	1999
Malawi	14. November	1996 B	14. März	1997
Malaysia	10. November	1994	10. März	1995
Mali	25. Mai	1987 B	25. September	1987
Malta	30. September	1988 B	30. September	1988
Marokko	20. Juni	1980 U	20. Oktober	1980
Marshallinseln	13. Juli	2004 B	13. November	2004
Mauretanien	22. Oktober	1982 B	22. Februar	1983
Mauritius	30. Mai	2001	30. September	2001
Mazedonien	4. April	1995 N	17. September	1991
Mexiko	4. Juli	1986 B	4. November	1986
Moldau	20. Juni	2000 B	20. Oktober	2000
Monaco	20. August	1997	20. Dezember	1997
Mongolei	8. Dezember	1997 B	8. April	1998
Montenegro	26. April	2007 N	3. Juni	2006
Mosambik	3. August	2004 B	3. Dezember	2004
Myanmar	17. November	2004 B	17. März	2005
Namibia	23. August	1995 B	23. Dezember	1995
Nepal	17. Dezember	1987 B	17. April	1988
Neuseeland	13. August	1976 U	13. Dezember	1976
Cook-Inseln	13. August	1976 U	13. Dezember	1976
Niue	13. August	1976 U	13. Dezember	1976
Tokelau	13. August	1976 U	13. Dezember	1976
Nicaragua	30. Juli	1997 B	30. November	1997
Niederlande	23. Mai	1980	23. September	1980
Aruba	1. Januar	1986	1. Januar	1986
Niederländische Antillen	23. Mai	1980	23. September	1980
Niger	30. April	1987 U	30. August	1987
Nigeria	2. Oktober	2000 B	2. Februar	2001
Norwegen	9. Juli	1974 U	21. Dezember	1975
Österreich	16. Dezember	1982 B	16. April	1983
Pakistan	23. Juli	1976	23. November	1976
Palau	18. Oktober	2002 B	18. Februar	2003
Panama	26. November	1990 B	26. November	1990
Papua-Neuguinea	16. März	1993 B	16. Juli	1993
Paraguay	7. Juni	1995	7. Oktober	1995
Peru	30. März	1992	30. März	1992
Philippinen	8. Juli	1994 B	8. November	1994
Polen	22. November	1977 B	22. März	1978

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolgeerklärung (N) Unterzeichnet ohne Ratifikationsvorbehalt (U)		Inkrafttreten	
Portugal	24. November	1980	24. März	1981
Ruanda	1. Dezember	2005 B	1. April	2006
Rumänien	21. Mai	1991 B	21. September	1991
Russland*	11. Oktober	1976	11. Februar	1977
St. Lucia	19. Februar	2002 B	19. Juni	2002
Sambia	28. August	1991 B	28. Dezember	1991
Samoa	6. Oktober	2004 B	6. Februar	2005
Schweden	5. Dezember	1974 U	21. Dezember	1975
Schweiz	16. Januar	1976	16. Mai	1976
Senegal	11. Juli	1977 B	11. November	1977
Serbien	3. Juli	2001 N	27. April	1992
Seychellen	22. November	2004 B	22. März	2005
Sierra Leone	13. Dezember	1999 B	13. April	2000
Slowakei	31. März	1993 N	1. Januar	1993
Slowenien	5. November	1992 N	25. Juni	1991
Spanien	4. Mai	1982 B	4. September	1982
Sri Lanka	15. Juni	1990 B	15. Oktober	1990
Südafrika	12. März	1975 U	21. Dezember	1975
Sudan	7. Januar	2005 B	7. Mai	2005
Suriname	22. Juli	1985 B	22. November	1985
Syrien	5. März	1998 B	5. Juli	1998
São Tomé und Príncipe	21. August	2006 B	21. Dezember	2006
Tadschikistan	18. Juli	2001 B	18. November	2001
Tansania	13. April	2000 B	13. August	2000
Thailand	13. Mai	1998 U	13. September	1998
Togo	4. Juli	1995 B	4. November	1995
Trinidad und Tobago	21. Dezember	1992 B	21. April	1993
Tschad	13. Juni	1990 B	13. Oktober	1990
Tschechische Republik	26. März	1993 N	1. Januar	1993
Tunesien	24. November	1980 B	24. März	1981
Turkmenistan	3. März	2009 B	3. Juli	2009
Türkei	13. Juli	1994 B	13. November	1994
Uganda	4. März	1988	4. Juli	1988
Ukraine	15. Juli	1997 N	11. Februar	1977
Ungarn*	11. April	1979 B	11. August	1979
Uruguay	22. Mai	1984 B	22. September	1984
Usbekistan	8. Oktober	2001 B	8. Februar	2002
Venezuela	23. November	1988 N	23. März	1989
Vereinigte Arabische Emirate	29. August	2007 B	29. Dezember	2007
Vereinigte Staaten	18. Dezember	1986	18. Dezember	1986
Vereinigtes Königreich	5. Januar	1976	5. Mai	1976
Akrotiri und Dhekelia	28. Juni	2002 B	28. Oktober	2002

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolgeerklärung (N) Unterzeichnet ohne Ratifikationsvorbehalt (U)		Inkrafttreten	
Anguilla	15. Februar	1991	15. Juni	1991
Bermudas	5. Januar	1976	5. Mai	1976
Britische Jungferninseln	15. Februar	1991	15. Juni	1991
Britisches Territorium im Indischen Ozean	8. September	1998	8. Januar	1999
Falkland-Inseln und abhängige Gebiete (Südgeorgien und Südliche Sandwich- Inseln)	5. Januar	1976	5. Mai	1976
Gibraltar	5. Januar	1976	5. Mai	1976
Guernsey	8. September	1998	8. Januar	1999
Insel Man	1. Juni	1992	1. Oktober	1992
Jersey	5. Januar	1976	5. Mai	1976
Kaimaninseln	5. Januar	1976	5. Mai	1976
Montserrat	5. Januar	1976	5. Mai	1976
Pitcairn-Inseln (Ducie, Oeno, Henderson und Pitcairn)	5. Januar	1976	5. Mai	1976
St. Helena und Nebengebiete (Ascension und Tristan da Cunha)	5. Januar	1976	5. Mai	1976
Turks- und Caicosinseln	5. Januar	1976	5. Mai	1976
Vietnam*	20. September	1988 B	20. Januar	1989
Zentralafrikanische Republik	5. Oktober	2005 B	5. April	2006
Zypern	11. Juli	2001 B	11. November	2001

* Vorbehalte und Erklärungen.
Die Vorbehalte und Erklärungen werden in der AS nicht veröffentlicht. Die französischen und englischen Texte können auf der Internetseite der UNESCO eingesehen werden:
<http://www.unesco.org/new/en/unesco/>

^a Vom 10. Sept. 1979 bis zum 30. Juni 1997 war das Übereink. auf Grund einer Ausdehnungserklärung des Vereinigten Königreichs in Hongkong anwendbar. Seit dem 1. Juli 1997 bildet Hongkong eine Besondere Verwaltungsregion (SAR) der Volksrepublik China. Auf Grund der chinesischen Erklärung vom 1. Juli 1997 ist das Übereink. seit dem 1. Juli 1997 auch in der SAR Hongkong anwendbar.